

Liebe Anwohner*innen, Liebe Nachbar*innen, Liebe Demonstrationsteilnehmer*innen!

Warum sind wir heute hier und was wollen wir eigentlich? (Teil 2)

Fragen, die die mediale öffentliche Diskussionen um Geflüchtete zur Zeit bestimmen drehen sich vor allem darum wie viele Flüchtlinge aufgenommen werden sollen und welche Fluchtgründe für ein Bleiberecht anerkannt werden. Diese Fragen drücken aus, dass es den Fragestellenden in erster Linie um sich selbst und nicht um die Geflüchteten geht. Das finden wir „SCHEISSE“. Diesen Diskurs wollen wir aufbrechen und sagen ganz klar: Uns geht es um eine solidarische Nachbarschaft in einer offenen Gesellschaft, die sich für Geflüchtete einsetzt.

Wie empfinden es als nicht hinnehmbar, dass Geflüchtete in Heimen, Lagern, Tragluft- oder Turnhallen untergebracht werden. Privatsphäre und ein ruhiges Leben sind in Sammelunterkünften nicht möglich. Wir fordern daher freie Wahl des Wohnraums!

Das nächste, was den geflüchteten Menschen bevorsteht, ist das Asylverfahren, an dessen Ende im besten Falle ein unbegrenztes Aufenthaltsrecht steht – im schlechtesten Fall droht jedoch Abschiebung. Das rassistische Asylverfahren lehnen wir ab und fordern, dass sich jeder Mensch den Ort seines Zuhauses unabhängig von Staatsgrenzen aussuchen kann.

Ein weiteres Unding ist, dass Geflüchteten nur medizinische Notversorgung zusteht, da sie nicht krankenversichert sind. Auch dieser Zustand ist auf schärfste zu kritisieren. Menschen muss ob geflüchtet oder nicht eine gleiche Behandlung – auch medizinisch zustehen.

Auch sind aufgrund des geringen finanziellen Budgets viele Geflüchtete dazu verdammt in ihren aktuellen Unterkünften zu versauern, da sie sich keine Tickets für den öffentlichen Nahverkehr geschweige denn ein Auto leisten können.

Immer mehr Menschen sind zudem vom seit 2012 als verfassungswidrig geltenden Asylbewerberleistungsgesetz betroffen. Geflüchtete, die diesem Gesetz unterliegen werden einmal mehr zu Menschen zweiter Klasse degradiert. Die auf Grundlage dieses Gesetzes

bewilligten Sozialleistungen liegen seit Jahrzehnten unter dem festgelegten Existenzminimum.

Das sind einige Aspekte von Vielen, weshalb wir von strukturellem Rassismus reden, der Geflüchteten in Deutschland begegnet und klare Hürden hinsichtlich einer gleichberechtigten Teilhabe darstellt.

Wir appellieren daher an alle sich an unseren und den Forderungen vieler Geflüchteten nach einem uneingeschränkten Bleiberecht, Bewegungsfreiheit, nach einem Abschiebestopp und einer angemessenen dezentralen Unterbringung in Wohnungen anzuschließen.

Das werden wir mitnichten von heute auf morgen realisieren können – ganz klar. Aber vielleicht können wir diese aktuell schwierige Situation auch als Chance begreifen in unserer Region Umstände zu schaffen, die das Leben der Geflüchteten ein Stück weit menschenwürdiger und erträglicher machen. Die Betätigungsfelder sind hierbei vielfältig und hängen von den eigenen Fähigkeiten und Neigungen ab, wer kann einen Flyer übersetzen, wer kann Kleidung- und Geldspenden bereitstellen, wer kann Rechtsberatungen und Begleitungen zur Ausländerbehörde anbieten, wer kann mit den Geflüchteten musizieren, kochen oder Deutschkurse anbieten, wer kennt eine Arzt oder eine Ärztin, die Menschen ohne Krankenversicherung untersuchen oder behandeln würde, wer kann Sport-, Freizeit- und Kulturangebote stellen oder betreuen...

Erhöhen wir neben den Druck auf Nazis und Politik auch unser eigenes soziales Engagement und wirken aktiv an einer solidarischen Nachbarschaft mit. Vernetzt euch in euren Kiezen und tretet mit den Menschen in Kontakt, die neu hier sind.

Das ist es was wir meinen: „Vorurteile hinterfragen, ja zu neuen Nachbarn sagen“.